

901 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 13. 12. 2001

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Georgien über die Förderung und den Schutz von Investitionen

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und Georgien über die Förderung und den Schutz von Investitionen

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND GEORGIEN im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, dass die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme derartiger Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

UNTER ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG ihrer Verpflichtung zur Einhaltung international anerkannter Arbeitsnormen,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Investor einer Vertragspartei“

a) eine natürliche Person, die in Übereinstimmung mit ihren anwendbaren Rechtsvorschriften Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, oder

b) ein Unternehmen, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften einer Vertragspartei gegründet wurde oder organisiert ist,

und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt oder getätigt hat.

(2) bezeichnet der Begriff „Investition durch einen Investor einer Vertragspartei“ alle Vermögenswerte im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die direkt oder indirekt im Eigentum oder unter der Kontrolle eines Investors der anderen Vertragspartei stehen, einschließlich

a) eines Unternehmens, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften der erstgenannten Vertragspartei gegründet wurde oder organisiert ist;

b) Anteilsrechten, Aktien und anderen Arten von Beteiligungen an einem Unternehmen gemäß lit. a und daraus abgeleiteten Rechten;

c) Obligationen, Schuldverschreibungen, Darlehen und anderen Forderungen und daraus abgeleiteten Rechten;

d) Rechten aus Verträgen einschließlich Bauverträgen für schlüsselfertige Projekte, anderen Bauverträgen, Managementverträgen, Produktionsverträgen oder Verträgen über Unternehmensgewinnbeteiligung;

e) Ansprüchen auf Geld und Ansprüchen auf eine vertraglich vereinbarte Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;

- f) geistigen und gewerblichen Schutzrechten, wie sie in den im Rahmen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum abgeschlossenen multilateralen Abkommen definiert wurden, einschließlich Urheberrechten, Handelsmarken, Erfinderpapenten, gewerblichen Modellen und technischen Verfahren, Know-how, Handelsgeheimnissen, Handelsnamen und Goodwill;
- g) durch Gesetz oder Vertrag übertragenen Rechten wie Konzessionen, Lizenzen, Ermächtigungen oder Genehmigungen, einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen;
- h) jedes sonstigen Eigentums an körperlichen und unkörperlichen, beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie allen damit verbundenen Eigentumsrechten wie Vermietungs- und Verpachtungsverhältnissen, Hypotheken, Zurückbehaltungsrechten, Pfandrechten oder Nutzungsrechten.

Kommerzielle Transaktionen, die ausschließlich für den Verkauf von Waren oder Dienstleistungsgeschäften bestimmt sind, sowie Kredite zur Finanzierung kommerzieller Transaktionen mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren, sonstige Kredite mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren sowie dem Staat oder einem staatlichen Unternehmen gewährte Kredite gelten nicht als Investition.

Dies gilt jedoch nicht für Kredite oder Darlehen, die von einem Investor einer Vertragspartei einem Unternehmen der anderen Vertragspartei gewährt werden, das im Besitz oder unter der Kontrolle dieses Investors steht.

(3) bezeichnet der Begriff „Unternehmen“ eine juristische Person oder jedes Rechtssubjekt, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit oder ohne Gewinnzweck gegründet wurde oder organisiert ist und in Privat- oder Staatseigentum oder unter privater oder staatlicher Kontrolle steht, einschließlich Kapitalgesellschaften, Trusts, Personengesellschaften, Einzelunternehmen, Zweigniederlassungen, Joint Ventures, Vereinigungen oder Organisationen,

(4) bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die eine Investition erbringt, und zwar insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

(5) bezeichnet „ohne Verzögerung“ den für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Entschädigungs- oder Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser Zeitraum beginnt für Entschädigungszahlungen mit dem Tag der Enteignung und für Transferzahlungen mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird. Er darf einen Monat keinesfalls überschreiten.

(6) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in Hinblick auf jede Vertragspartei das Festland, die Binnengewässer, Hoheitsgewässer und den Luftraum in ihrer Hoheitsgewalt, einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, über die die Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Zuständigkeit ausübt.

Artikel 2

Förderung und Zulassung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei und lässt diese zu.

(2) Die rechtliche Erweiterung, Änderung oder Umwandlung einer Investition gilt als neue Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eine gerechte und billige Behandlung sowie vollen und dauerhaften Schutz und Sicherheit.

(2) Keine Vertragspartei beeinträchtigt durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, den Betrieb, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuss, die Veräußerung und die Liquidation einer Investition durch Investoren der anderen Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen hinsichtlich der Verwaltung, des Betriebs, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses, der Veräußerung und der Liquidation einer Investition, je nachdem, was für den Investor günstiger ist, eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(4) Keine Bestimmung dieses Abkommens ist dahingehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichtet, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder

künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einem multilateralen Investitionsabkommen,
- b) einem internationalen Abkommen, einer internationalen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen.

Artikel 4

Transparenz

(1) Jede Vertragspartei veröffentlicht ihre Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren sowie internationale Abkommen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen können, unverzüglich oder macht diese in anderer Form öffentlich zugänglich.

(2) Jede Vertragspartei beantwortet unverzüglich spezielle Fragen und stellt der anderen Vertragspartei auf Verlangen Informationen über in Absatz 1 behandelte Angelegenheiten zur Verfügung.

(3) Von keiner Vertragspartei darf verlangt werden, über bestimmte Investoren oder Investitionen Informationen, deren Bekanntgabe die Gesetzesvollstreckung behindern oder gegen die Gesetze und Rechtsvorschriften zum Schutz der Vertraulichkeit verstoßen würde, zu beschaffen oder Zugang zu diesen zu gewähren.

Artikel 5

Enteignung und Entschädigung

(1) Eine Vertragspartei darf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt enteignen oder verstaatlichen oder sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung (im Folgenden „Enteignung“ genannt) ergreifen, ausgenommen:

- a) zu einem Zweck von öffentlichem Interesse,
- b) auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
- c) auf Grund eines ordentlichen Verfahrens und
- d) in Verbindung mit einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3.

(2) Die Entschädigung

- a) wird ohne Verzögerung geleistet. Kommt es zu einer Verzögerung, trägt das Gastland die auf Grund der Verzögerung entstandenen Kursverluste.
- b) hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition unmittelbar vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen. Der gerechte Marktwert beinhaltet keine Wertveränderungen auf Grund der Tatsache, dass die Enteignung früher öffentlich bekannt wurde.
- c) ist in ein von den betroffenen Anspruchswerbern bezeichnetes Land frei transferierbar und wird in der Währung des Landes, dessen Staatsangehörige die Anspruchswerber sind, oder in jeder frei konvertierbaren Währung, auf die sich das Gastland und die Anspruchswerber einigen, geleistet.
- d) beinhaltet Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz, berechnet auf der Marktbasis der Währung, in der die Zahlung erfolgt.

(3) Ein ordentliches Verfahren beinhaltet das Recht eines Investors einer Vertragspartei, der erklärt, von der Enteignung durch die andere Vertragspartei betroffen zu sein, den Fall, die Bewertung der Investition und die Zahlung der Entschädigung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels durch ein richterliches oder anderes zuständiges und unabhängiges Organ der letztgenannten Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen.

Artikel 6

Entschädigung für Verluste

(1) Ein Investor einer Vertragspartei, der im Zusammenhang mit seiner Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund eines Krieges oder anderen bewaffneten Konfliktes, eines Notstands, eines Aufstands, eines Aufruhrs, ziviler Unruhen oder eines sonstigen ähnlichen Ereignisses oder höherer Gewalt im Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei einen Schaden erleidet, erfährt hinsichtlich Rückerstattung, Entschädigung, Schadenersatz oder anderer Regelung durch die letztgenannte Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, die sie ihren eigenen

Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche die günstigste für den Investor ist.

(2) Ein Investor einer Vertragspartei, der bei einem in Absatz 1 angeführten Ereignis einen Verlust erleidet durch:

- a) Beschlagnahme seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, oder
- b) Zerstörung seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, die unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erhält auf jeden Fall von Seiten der letztgenannten Vertragspartei eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in beiden Fällen unverzüglich, angemessen und effektiv sein muss, und, was die Entschädigung betrifft, in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 2 und 3 erfolgt.

Artikel 7

Transfers

(1) Jede Vertragspartei garantiert, dass sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition eines Investors der anderen Vertragspartei ohne Verzögerung in ihr und aus ihrem Hoheitsgebiet frei transferiert werden können. Diese Transfers umfassen insbesondere:

- a) das Anfangskapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Investition;
- b) Erträge;
- c) Zahlungen auf Grund von Verträgen einschließlich Darlehensverträgen;
- d) Erlöse aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation einer Investition;
- e) Entschädigungszahlungen gemäß Artikel 5 und 6;
- f) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung;
- g) Einkünfte und andere Bezüge von Beschäftigten aus dem Ausland, die in Zusammenhang mit einer Investition eingestellt werden.

(2) Jede Vertragspartei garantiert weiters, dass ein derartiger Transfer in einer frei konvertierbaren Währung zu dem am Tag des Transfers im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von dem aus der Transfer getätigt wird, am Markt geltenden Wechselkurs erfolgen kann. Die Bankgebühren sind gerecht und angemessen.

(3) In Ermangelung eines Devisenmarktes ist der anzuwendende Kurs jener des letzten Wechselkurses für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte.

(4) Unbeschadet Absatz 1 b) kann eine Vertragspartei den Transfer von Sacherträgen unter jenen Umständen einschränken, unter denen die Vertragspartei auf Grund von GATT 1994 dazu berechtigt ist, den Export des den Sachertrag darstellenden Produkts oder seine Veräußerung zum Zweck des Exports einzuschränken oder zu verbieten. Nichtsdestoweniger garantiert eine Vertragspartei, dass Transfers von Sacherträgen erfolgen können, wenn dies durch einen Investitionsvertrag, eine Investitionsgenehmigung oder ein anderes schriftliches Abkommen zwischen der Vertragspartei und einem Investor oder einer Investition der anderen Vertragspartei genehmigt oder so bestimmt ist.

(5) Unbeschadet Absatz 1 bis 4 kann eine Vertragspartei einen Transfer durch die billige, nicht diskriminierende und in gutem Glauben erfolgte Anwendung von Maßnahmen in Hinblick auf den Schutz der Rechte von Gläubigern, in Hinblick auf oder zur Gewährleistung der Einhaltung der Gesetze und Rechtsbestimmungen über die Ausgaben von und den Handel mit Wertpapieren, Futures und Derivaten, Transferberichten oder -protokollen oder in Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten und Anordnungen oder Entscheidungen in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verhindern, vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen und ihre Anwendung nicht dazu dienen, Zusagen oder Verpflichtungen der Vertragspartei gemäß diesem Abkommen zu umgehen.

Artikel 8

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages für eine Investition durch einen Investor im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zahlung, so anerkennt die letztgenannte Vertragspartei unbeschadet der Rechte des Investors gemäß Kapitel Zwei Teil Eins die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors auf die erstgenannte Vertragspartei oder die von ihr hierzu ermächtigte

Institution sowie das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Institution, alle diese Rechte und Ansprüche auf Grund des Eintrittsrechts im gleichen Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

Artikel 9

Andere Verpflichtungen

(1) Enthalten die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder völkerrechtliche Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede Verpflichtung ein, die sie hinsichtlich in ihrem Hoheitsgebiet genehmigter Investitionen gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei eingegangen ist.

Artikel 10

Nichtgewährung von Vorteilen

Eine Vertragspartei kann einem Investor der anderen Vertragspartei und dessen Investitionen die Vorteile aus diesem Abkommen verwehren, wenn Investoren einer Partei, die nicht Vertragspartei ist, ein Eigentumsrecht oder eine Kontrolle über den erstgenannten Investor ausüben und dieser Investor im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften er gegründet wurde oder organisiert ist, keine entscheidende Geschäftstätigkeit ausübt.

KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei

Artikel 11

Geltungsbereich und Befugnisse

Dieser Teil gilt für Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung aus diesem Abkommen seitens der Erstgenannten, wodurch für den Investor oder seine Investition Verlust oder Schaden entsteht.

Artikel 12

Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, Fristen

(1) Eine Streitigkeit zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei wird, soweit wie möglich, durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt. Kann sie nicht auf diese Weise beigelegt werden, kann sie der Investor wahlweise zur Entscheidung unterbreiten:

- a) den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsgerichten der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei;
- b) gemäß einem anwendbaren, vorher vereinbarten Streitbeilegungsverfahren oder
- c) in Übereinstimmung mit diesem Artikel:
 - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), das auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten („ICSID Konvention“) eingerichtet wurde, sofern sowohl die Vertragspartei des Investors als auch die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei Mitglied der ICSID Konvention sind;
 - ii) dem Zentrum gemäß den Regeln der Zusatzfazilität für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums, sofern entweder die Vertragspartei des Investors oder die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei, aber nicht beide Parteien, Mitglied der ICSID Konvention ist;
 - iii) einem Einzelschiedsrichter oder Ad-hoc-Schiedsgericht, das auf Grund der Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht („UNCITRAL“) eingerichtet wird;
 - iv) der Internationalen Handelskammer durch einen Einzelschiedsrichter oder ein Ad-hoc-Schiedsgericht gemäß ihren Schiedsregeln.

(2) Eine Streitigkeit kann gemäß Absatz 1 c) 50 Tage nach dem Zeitpunkt, an dem die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt wurde, zur Entscheidung

unterbreitet werden, aber nicht später als fünf Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem der Investor erstmals von den die Streitigkeit auslösenden Ereignissen Kenntnis erlangte oder erlangen hätte sollen.

Artikel 13

Zustimmung der Vertragsparteien

(1) Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihre uneingeschränkte Zustimmung, eine Streitigkeit gemäß diesem Teil einem internationalen Schiedsverfahren zu unterwerfen.

(2) Die in Absatz 1 genannte Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, dass die Rechtsmittel im innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind.

(3) Der Investor hat nur solange die Wahl, die Streitigkeit gemäß Artikel 12 Absatz 1 c) zur Entscheidung zu unterbreiten, solange in dem Verfahren nach Artikel 12 Absatz 1 a) in erster Instanz keine Entscheidung ergangen ist.

Artikel 14

Schiedsort

Jedes Schiedsverfahren gemäß diesem Teil wird auf Verlangen einer Streitpartei in einem Staat, der dem Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, unterzeichnet in New York am 10. Juni 1958 („New Yorker Konvention“) beigetreten ist, abgehalten. Die gemäß diesem Teil dem Schiedsverfahren unterworfenen Ansprüche werden als aus Handelsbeziehungen oder Transaktionen im Sinne von Artikel 1 der New Yorker Konvention entstanden erachtet.

Artikel 15

Schadloshaltung

Eine Vertragspartei macht nicht als Einwand, Gegenforderung, Aufrechnung oder aus einem anderen Grund geltend, dass eine Entschädigung oder andere Form von Schadenersatz bezüglich des gesamten behaupteten Schadens oder eines Teiles davon auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages geleistet wurde oder geleistet wird.

Artikel 16

Anwendbares Recht

(1) Ein gemäß diesem Teil eingerichtetes Gericht entscheidet über die Streitigkeit in Übereinstimmung mit diesem Abkommen sowie den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Strittige Angelegenheiten gemäß Artikel 9 werden in Ermangelung einer anderen Vereinbarung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei, den Rechtsvorschriften über die Genehmigung oder Vereinbarung und den anwendbaren Regeln des Völkerrechts geregelt.

Artikel 17

Schiedsurteile und Vollstreckung

(1) Schiedsurteile, die einen Zuspruch von Zinsen beinhalten können, sind für die Streitparteien endgültig und bindend und können Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass die Vertragspartei ihre Verpflichtungen nach diesem Abkommen nicht erfüllt hat;
- b) Entschädigung in Geld einschließlich Zinsen von dem Zeitpunkt, zu dem der Verlust oder Schaden auftrat, bis zum Zeitpunkt der Zahlung;
- c) in geeigneten Fällen Rückerstattung in Form von Sachleistungen, vorausgesetzt, dass die Vertragspartei stattdessen Entschädigung in Geld leisten kann, wenn eine Rückerstattung nicht durchführbar ist, sowie
- d) mit Zustimmung der Streitparteien Rechtsschutz in jeder anderen Form.

(2) Jede Vertragspartei sorgt für die wirksame Vollstreckung von Schiedsurteilen gemäß diesem Artikel und setzt jedes in einem Verfahren, in dem sie Streitpartei ist, ergangene derartige Schiedsurteil unverzüglich durch.

TEIL ZWEI: Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

Artikel 18

Geltungsbereich, Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit wie möglich, auf freundschaftlichem Weg oder durch Konsultationen, Vermittlungs- oder Vergleichsverfahren beigelegt.

Artikel 19

Einleitung von Verfahren

(1) Auf Verlangen einer Vertragspartei kann eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht früher als 60 Tage nach der Verständigung der anderen Vertragspartei von diesem Verlangen, einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterworfen werden.

(2) Eine Vertragspartei kann auf Grund einer Streitigkeit in Hinblick auf die Verletzung von Rechten eines Investors, die dieser Investor einem Schiedsverfahren gemäß Teil Eins dieses Kapitels unterworfen hat, kein Verfahren gemäß diesem Teil einleiten, sofern nicht die andere Vertragspartei es verabsäumt hat, das Schiedsurteil in diesem Verfahren zu befolgen bzw. einzuhalten oder das Verfahren ohne eine Entscheidung eines Schiedsgerichts über die Ansprüche des Investors eingestellt wurde.

Artikel 20

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Das Schiedsgericht konstituiert sich ad hoc auf folgende Weise: Innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt eines Antrags auf ein Schiedsverfahren bestellen die Streitparteien einvernehmlich drei Mitglieder des Schiedsgerichts und ernennen eines von ihnen zum Vorsitzenden. Abgesehen von zwingenden Gründen sind die Mitglieder Personen, die vom Generalsekretär der ICSID vorgeschlagen wurden.

(2) Wird die in Absatz 1 festgelegte Frist nicht eingehalten, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Generalsekretär der ICSID auffordern, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Die Mitglieder eines Schiedsgerichts sind unabhängig und unparteiisch.

Artikel 21

Anwendbares Recht, Unterlassungsbestimmungen

(1) Das Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Sofern die Streitparteien nichts anderes bestimmen, gilt für Angelegenheiten, die nicht unter andere in diesem Teil enthaltene Bestimmungen fallen, die freiwillige Verfahrensordnung für Schiedsverfahren des Ständigen Schiedshofs.

Artikel 22

Schiedsurteile

(1) Das Schiedsgericht legt in seinem Schiedsurteil seine Rechts- und Tatsachenfeststellungen samt ihren Begründungen dar und kann auf Verlangen einer Vertragspartei Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass eine Handlung einer Vertragspartei eine Zuwiderhandlung gegen ihre Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen darstellt;
- b) eine Empfehlung, dass eine Vertragspartei ihre Handlungen mit ihren Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen in Einklang bringen möge;
- c) eine Entschädigung in Geld für Verluste oder Schaden, den der Investor der antragstellenden Partei oder seine Investition erlitten haben, oder

8

901 der Beilagen

- d) jede sonstige Form des Rechtsschutzes, dem die Vertragspartei, gegen die das Schiedsurteil ergeht, zustimmt, einschließlich Rückerstattung in Form von Sachleistungen an einen Investor.
- (2) Das Schiedsurteil ist für die Streitparteien endgültig und bindend.

901 der Beilagen

9

Artikel 23**Kosten**

Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung im Verfahren. Die Kosten des Schiedsgerichts tragen die Vertragsparteien zu gleichen Teilen, sofern das Schiedsgericht nicht eine andere Aufteilung der Kosten festlegt.

Artikel 24**Vollstreckung**

Schiedssprüche, durch die Geldmittel zuerkannt werden und die nicht innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Schiedsspruches eingehalten wurden, können in den Gerichten einer der beiden Vertragsparteien, die die Zuständigkeit besitzen, über Vermögenswerte der säumigen Partei zu entscheiden, vollstreckt werden.

KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Artikel 25****Anwendung des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gemäß ihren Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei sowohl vor als auch nach dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens vorgenommen wurden oder werden.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Ansprüche, die bereits geregelt wurden, oder Verfahren, die vor seinem In-Kraft-Treten eingeleitet wurden.

Artikel 26**Konsultationen**

Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über jede mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehende Frage vorschlagen. Diese Konsultationen werden an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, der auf diplomatischem Wege vereinbart wurde, abgehalten.

Artikel 27**In-Kraft-Treten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Wien ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft; danach wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens dieses Abkommens getätigt worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 25 dieses Abkommens noch für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens des Abkommens an.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Vertreter das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Tbilissi, am 18. Oktober 2001, in zwei Urschriften, in deutscher, georgischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Heidemaria Gürer

Für Georgien:

Iraklij Menagarischwili

შ ე თ ა ნ ხ მ ე ბ ა
ავსტრიის რესპუბლიკასა და
საქართველოს შორის
ინვესტიციების წახალისებისა და დაცვის შესახებ

ავსტრიის რესპუბლიკა და საქართველო, შემდგომში "ხელშეკრულ მხარეებად" წოდებულნი,

სურთ რა, ხელსაყრელი პირობები შეუქმნან ხელშეკრული მხარეების ფართო ეკონომიკურ თანამშრომლობას,

აცნობიერებენ რა, რომ ინვესტიციების წახალისება და დაცვა განამტკიცებს ამგვარი ინვესტიციებისათვის მზადყოფნას და მნიშვნელოვნად უწყობს ხელს ორი სახელმწიფოს ეკონომიკური ურთიერთობის განვითარებას,

განამტკიცებენ რა საერთაშორისო შრომის სტანდარტების დაცვის ვალდებულებას,

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

თავი 1 ძირითადი დებულებები

მუხლი 1

განმარტებანი

ამ შეთანხმების მიზნებისათვის:

- (1) “ხელშეშემკვერელი მხარის ინვესტორი“ გულისხმობს:
- a) ფიზიკურ პირს, რომელიც ამ ხელშეშემკვერელი მხარის კანონმდებლობის თანახმად ითვლება მის მოქალაქედ; ან
 - b) საწარმოს, რომელიც დაფუძნებული ან შექმნილია ამ ხელშეშემკვერელი მხარის კანონმდებლობის შესაბამისად და აპირებს ან უკვე მოახდინა ინვესტიცია მეორე ხელშეშემკვერელი მხარის ტერიტორიაზე.
- (2) “ხელშეშემკვერელი მხარის ინვესტორის მიერ განხორციელებული ინვესტიცია“ გულისხმობს ყველა სახის ქონებას, რომელსაც პირდაპირი ან არაპირდაპირი სახით ფლობს ან აკონტროლებს ერთი ხელშეშემკვერელი მხარის ინვესტორი მეორე ხელშეშემკვერელი მხარის ტერიტორიაზე, კერძოდ:
- a) საწარმოს, რომელიც დაფუძნებული ან შექმნილია პირველი ხელშეშემკვერელი მხარის კანონმდებლობის შესაბამისად;
 - b) აქციებს, წილობრივ კაპიტალს ან (ა) ქვეპუნქტში აღნიშნულ საწარმოში მონაწილეობის სხვა ფორმას და აქედან გამომდინარე უფლებებს;
 - c) ობლიგაციებს, დებენტურებს, სესხებს და სხვა სახის დაფალიანებებს და აქედან გამომდინარე უფლებებს;
 - d) კონტრაქტებით, მათ შორის, სრულფასოვან ჩაბარებასთან, კონსტრუქციასთან, მენეჯმენტთან, წარმოებასთან ან შემოსავლის განაწილებასთან დაკავშირებული კონტრაქტებით გათვალისწინებულ უფლებებს;
 - e) მოთხოვნებს თანხაზე ან, კონტრაქტის თანახმად, ეკონომიკური ღირებულების მქონე საქმიანობის შესრულებაზე;
 - f) ინტელექტუალური და სამრეწველო საკუთრების უფლებებს, როგორც ეს განსაზღვრულია მსოფლიო ინტელექტუალური საკუთრების ორგანიზაციის ეგიდით დადებული მრავალმხრივი შეთანხმებებით, მათ შორის საავტორო უფლებებს, საავტორო ნიშნებს, პატენტებს, სამრეწველო ბრუნვებს და ტექნიკურ პროცესებს, ნოუ-ჰაუს, სამეწარმეო საიდუმლოს, საავტორო სახელწოდებებს და გუდვილს;
 - g) კანონით ან კონტრაქტით მინიჭებულ უფლებებს, როგორც არის კონცესიები, ლიცენზიები, ან ეკონომიკურ საქმიანობასთან დაკავშირებული უფლებამოსილება და ნებართვები;
 - h) ნებისმიერ სხვა სახის მატერიალურ და არამატერიალურ, მოძრავ და უძრავ ქონებას ან მასთან დაკავშირებულ რომელიმე ქონებრივ უფლებას, როგორცაა იჯარა, იპოთეკა, ქონების განკარგვის უფლება, გარაო ან უზუფრუქტი.

კომერციული გარიგებები, რომლებიც განკუთვნილია მხოლოდ საქონლით ან მომსახურებით ვაჭრობისათვის, და სამ წელიწადზე ნაკლებადიანი კომერციული გარიგებების დასაფინანსებლად გამოყოფილი კრედიტები, სხვა სახის სამ წელზე ნაკლებადიანი კრედიტები, ისევე როგორც, სახელმწიფოსათვის ან სახელმწიფო საწარმოსათვის

12

901 der Beilagen

გამოყოფილი კრედიტები, არ არის მიჩნეული ინვესტიციად.

თუმცა, შემოსენებულები პირობა არ ეხება იმ კრედიტსა და სესხს, რომელსაც ხელშემკვერელი მხარის ინვესტორი მეორე ხელშემკვერელი მხარის საწარმოს გამოყოფის, რომელიც ამ ინვესტორის საკუთრებაშია ან მის კონტროლს ექვემდებარება.

- (3) “საწარმო“ გულისხმობს ორიდოულ პირს ან ნებისმიერ დაწესებულებას, რომელიც დაფუძნებულია ან შექმნილია ხელშემკვერელი მხარის კანონმდებლობის შესაბამისად, მოუხდავად იმისა შემოსავლიანია თუ არა იგი, ან კერძო საწარმოა თუ სახელმწიფო; ეს ტერმინი მოიცავს ასევე კორპორაციას, ტრესტს, ამზანაგობას, ინდივიდუალურ საწარმოს, ფილიალს, ერთობლივ საწარმოს, ასოციაციას ან ორგანიზაციას.
- (4) ტერმინი “შემოსავალი“ ნიშნავს ინვესტიციიდან მიღებულ თანხებს და, კერძოდ, მოიცავს მოგებას, პროცენტებს, კაპიტალის ამონაგებს, დივიდენდებს, როიალთის, სალიცენზიო და სხვა სახის გადასახდელებს.
- (5) ტერმინი “დროულად“ გულისხმობს პერიოდს, რომელიც საჭიროა საკომპენსაციო გადასახდელების სავალდებულო ფორმალობათა შესასრულებლად ან გადასახდელების გადარიცხვისთვის. საკომპენსაციო გადასახდელებისათვის ეს პერიოდი დაიწყება ექსპროპრიაციის დღეს, ხოლო გადასახდელების გადარიცხვისთვის იგი დაიწყება გადარიცხვის მოთხოვნის წარდგენის დღეს. ეს პერიოდი არაფართარ შემთხვევაში არ უნდა აღემატებოდეს ერთ თვეს.
- (6) თითოეულ ხელშემკვერელ მხარესთან მიმართებაში ტერმინი “ტერიტორია“ ნიშნავს მიწას, ტერიტორიულ წყლებს, საზღვაო და საჰაერო სივრცეს მისი სუვერენიტეტის შესაბამისად, მათ შორის, ექსკლუზიურ ეკონომიკურ ზონებს და კონტინენტურ შელფს, სადაც ხელშემკვერელი მხარე ახორციელებს სუვერენულ უფლებებს და ორისდიქციას საერთაშორისო კანონმდებლობის შესაბამისად.

მუხლი 2

ინვესტიციების წახალისება და დაშვება

- (1) თითოეული ხელშემკვერელი მხარე ხელს შეუწყობს და აღიარებს მეორე ხელშემკვერელი მხარის ინვესტორთა მიერ განხორციელებულ ინვესტიციებს მისი კანონებისა და წესების შესაბამისად.
- (2) ინვესტიციის კანონიერი გაფართოება, ცვლილება ან ტრანსფორმაცია უნდა ჩაითვალოს ახალ ინვესტიციად.

მუხლი 3

ინვესტიციებისადმი დამოკიდებულება

- (1) თითოეული ხელშეკვეთილი მხარე უზრუნველყოფს მეორე ხელშეკვეთილი მხარის ინვესტიციების მიერ განხორციელებული ინვესტიციებისათვის სამართლიან და თანაბარ რეჟიმს, ასევე მათ სრულ და მუდმივ დაცვას და უსაფრთხოებას.
- (2) უმიზეზოდ ან დისკრიმინაციული ღონისძიებებით ხელშეკვეთილი მხარე ზიანს არ მიაყენებს მეორე ხელშეკვეთილი მხარის ინვესტიციების მიერ განხორციელებული ინვესტიციების მართვას, მოქმედებას, შენარჩუნებას, გამოყენებას, სარგებლობას, გაყიდვას და ლიკვიდაციას.
- (3) თითოეული ხელშეკვეთილი მხარე უზრუნველყოფს მეორე ხელშეკვეთილი მხარის ინვესტიციებს და მათ ინვესტიციებს არანაკლებ ხელსაყრელი რეჟიმით, ვიდრე ოგი ანიჭებს თავის საკუთარ ინვესტიციებს და მათ ინვესტიციებს ან ნებისმიერი შესაძენი ქვეყნის ინვესტიციებს ან მათ ინვესტიციებს ინვესტიციის მართვასთან, მოქმედებასთან, შენარჩუნებასთან, გამოყენებასთან, სარგებლობასთან, გაყიდვასთან და ლიკვიდაციასთან მიმართებაში, ანუ ისეთი რეჟიმით, რომელიც უფრო ხელსაყრელია ინვესტიციისათვის.
- (4) ამ შეთანხმების არცერთი დებულება არ უნდა იქნეს განხილული, როგორც ხელშეკვეთილი მხარის დაფუძნებულია, რომ მიანიჭოს მეორე ხელშეკვეთილი მხარის ინვესტიციებს და მათ ინვესტიციებს არსებული ან მომავალი ნებისმიერი სახის რეჟიმით, უპირატესობა ან პრივილეგია, რომელიც წარმოიქმნება:
 - a) თავისუფალ სავაჭრო ზონაში, საბაჟო კავშირში, საერთო ბაზარზე, ეკონომიკურ ორგანიზაციაში ან ინვესტიციის შესახებ ნებისმიერ მრავალმხრივ შეთანხმებაში ერთ-ერთი ხელშეკვეთილი მხარის მონაწილეობიდან გამომდინარე;
 - b) დაბეგრასთან დაკავშირებული ნებისმიერი საერთაშორისო შეთანხმების ან ადგილობრივი კანონმდებლობის საფუძველზე.

მუხლი 4

გამჭვირვალობა

- (1) თითოეული ხელშეკვეთილი მხარე დაუყოვნებლივ გამოაქვეყნებს ან, სხვაგვარად, საჭიროს გახდის თავის კანონებს, წესებს, პროცედურებს, ასევე საერთაშორისო შეთანხმებებს, რომლებმაც შეიძლება გავლენა იქონიონ შეთანხმების განხორციელებაზე.
- (2) თითოეული ხელშეკვეთილი მხარე დაუყოვნებლივ გამოეხმაურება კონკრეტულ შეკითხვებს და მოთხოვნისთანავე უზრუნველყოფს მეორე ხელშეკვეთილ მხარეს (1) პუნქტში მითითებული საკითხების შესახებ ინფორმაციით.
- (3) არცერთ ხელშეკვეთილ მხარეს არ მოეთხოვება წარადგინოს ან ხელმისაწვდომი

გახადოს ის ინფორმაცია, რომელიც დაკავშირებულია გარკვეულ ინვესტორებთან ან ინვესტიციებთან, და რომლის გახმაურება ხელს შეუშლის კანონის მოქმედებას ან არ შეესაბამება იმ ხელშეკრული მხარის კანონებსა და წესებს, რომლებიც ითვალისწინებენ კონფიდენციალურობას.

მუხლი 5

ექსპრობრიაცია და კომპენსაცია

- (1) ხელშეკრული მხარე, პირდაპირი ან არაპირდაპირი გზით, არ განახორციელებს მეთრე ხელშეკრული მხარის ინვესტორის ინვესტიციის ექსპრობრიაციას ან ნაციონალიზაციას ან სხვა სახის ღონისძიებებს, რომლებიც ამის ტოლფასი იქნება (შემდგომში “ექსპრობრიაციად“ წოდებული), გარდა იმ ღონისძიებებისა, რომლებიც ხორციელდება:
- საზოგადოებრივი ინტერესებისათვის;
 - არადისკრიმინაციულ საფუძველზე;
 - შესაბამისი კანონის თანახმად; და
 - სწრაფი, ადეკვატური და ეფექტიანი კომპენსაციის გადახდის საფუძველზე ქვემოთ მოყვანილი (2) და (3) პუნქტების თანახმად.
- (2) კომპენსაცია უნდა:
- ანაზღაურდეს დროულად. დაყოვნების შემთხვევაში საგალუტო კურსის ცვლილების შედეგად გამოწვეული დანაკარგი უნდა აანაზღაუროს მასპინძელმა ქვეყანამ.
 - ტოლფასი იყოს ექსპრობრირებული ინვესტიციის რეალური საბაზრო ღირებულებისა, რომელიც მას ჰქონდა ექსპრობრიაციამდე. რეალური ღირებულება არ უნდა ასახავდეს ღირებულების რაიმე ცვლილებას, რომელიც მოხდა იმის გამო, რომ ექსპრობრიაციის შესახებ საჯაროდ გახდა ცნობილი.
 - აუნაზღაურდეს და თავისუფლად გადაერაცხოს დაინტერესებულ ინვესტორს და გადაყვანილ იქნეს მისი ქვეყნის ვალუტაში ან თავისუფლად კონვერტირებად ვალუტაში, მასპინძელი ქვეყნისა და დაინტერესებული ინვესტორის ურთიერთშეთანხმების თანახმად.
 - შეიცავდეს პროცენტს გადასახდელი ვალუტის საგაჭრო კურსით, რომელიც დადგენილია ბაზრის საფუძველზე ექსპრობრიაციის თარიღიდან რეალურად გადახდის თარიღამდე.
- (3) კანონით განსაზღვრული პროცედურა მოიცავს ხელშეკრული მხარის ექსპრობრიაციის შედეგად დაზარალებული ინვესტორის უფლებას, რომ მეთრე ხელშეკრული მხარის სასამართლომ ან სხვა კომპეტენტურმა დამოუკიდებელმა ორგანომ დაუყოვნებლივ განიხილოს მისი საჩქე, რაც გულისხმობს მისი ინვესტიციის შეფასებას და კომპენსაციის გადახდას ამ მუხლის დებულებების თანახმად.

901 der Beilagen

15

მუხლი 6

ზარალის კომპენსაცია

- (1) ხელშეშემკვრელი მხარის ინვესტორს, რომლის ინვესტიციამ ზარალი განიცადა მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარის ტერიტორიაზე ომის ან ნებისმიერი სხვა შეიარაღებული კონფლიქტის, საგანგებო მდგომარეობის, რევოლუციის, აჯანყების ან სხვა მსგავსი შემთხვევების, სტიქიური უბედურების და ფორსმაჟორის გამო, მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარე ანიჭებს ისეთ რეჟიმს, რამელიც გულისხმობს ზარალის აღდგენას, კომპენსაციას ან სხვა ფორმით ანაზღაურებას, ამასთან ეს რეჟიმი უნდა იყოს არანაკლებ ხელსაყრელი ვიდრე ის, რომელსაც იგი ანიჭებს თავის საკუთარ ინვესტორებს ან ნებისმიერი შესაძენე სახელმწიფოს ინვესტორებს, ანუ ისეთ, რეჟიმს, რომელიც უფრო ხელსაყრელია მისთვის.
- (2) ხელშეშემკვრელი მხარის ინვესტორი, რომელიც (1) პუნქტში ჩამოთვლილი შემთხვევების დროს განიცდის ზარალს, რაც გამოწვეულია:
- ინვესტორის ინვესტიციის ან მისი ნაწილის რეკვიზიციის შედეგად, რაც განხორციელებულია მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარის ხელისუფლების ან სხვა ძალების მიერ, ან
 - ინვესტორის ინვესტიციის ან მისი ნაწილის განადგურების შედეგად, რაც განხორციელდა მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარის ხელისუფლების ან სხვა ძალების მიერ და რაც არ იყო ვითარების აუცილობლობით განპირობებული.

ინვესტორს მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარე დაუყოვნებლივ, ადეკვატურად და ეფექტიანად უნაზღაურებს ზარალს ან ახდენს მის კომპენსაციას მე-5 მუხლის (2) და (3) პუნქტში აღნიშნული პირობების თანახმად.

მუხლი 7

ტრანსფერტი

- (1) თითოეული ხელშეშემკვრელი მხარე დროულად უზრუნველყოფს მეთორე ხელშეშემკვრელი მხარის ინვესტორის ინვესტიციასთან დაკავშირებული გადახდის თავისუფალ ტრანსფერტს თავის ტერიტორიაზე ან მის საზღვრებს გარეთ. კერძოდ ასეთი ტრანსფერტი ეხება:
- საწყის კაპიტალს და დამატებით თანხებს ინვესტიციის განმტკიცებისა და გაზრდის მიზნით;
 - შემოსავლებს;
 - გადასახდელს, რომელიც დაკავშირებულია კონტრაქტის თანახმად აღებულ სესხებთან;
 - ინვესტიციის მთლიანად ან მისი ნაწილის გაყიდვის ან ლიკვიდაციის შედეგად ამონაგებ თანხებს;
 - მე-5 და მე-6 მუხლში აღნიშნული კომპენსაციის გადახდას;
 - დავის მოგვარების შედეგად მიღებულ თანხებს;
 - ინვესტიციასთან დაკავშირებით საზღვარგარეთიდან დაქირავებული პერსონალის ანაზღაურების თანხებს და სხვა სახის შემოსავალს;

- (2) თითოეული ხელშეკრული მხარე უზრუნველყოფს ასეთი ტრანსფერტის განხორციელებას თავისუფლად კონვერტირებადი ვალუტით იმ ბაზრის გაცვლითი კურსის შესაბამისად, რომელიც დომინირებს ტრანსფერტის განხორციელების თარიღისათვის იმ ხელშეკრული მხარის ტერიტორიაზე, რომლიდანაც ხორციელდება ტრანსფერტი. ბანკის საკომისიო თანხა მისაღები უნდა იყოს ორივე მხარისათვის.
- (3) უცხოური ვალუტის ბაზრის უქონლობის შემთხვევაში, გადახდა ხდება ვალუტის კონვერტირების არსებული კურსით "სესხების სპეციალური უფლებების" თანახმად.
- (4) წინამდებარე მუხლის (1) პუნქტის (b) ქვეპუნქტის დებულების მოუხდავად, ხელშეკრულ მხარეს შეუძლია შეზღუდოს ნატურით შემოსავლის ტრანსფერტი იმ შემთხვევაში, თუ GATT 1994-ის თანახმად ხელშეკრულ მხარეს უფლება ეძლევა შეზღუდოს ან აკრძალოს იმ პროდუქციის ექსპორტი ან გაყიდვა, რომელიც წარმოადგენს ნატურით შემოსავალს, თუმცა, ხელშეკრული მხარე უზრუნველყოფს, რომ ნატურით შემოსავლის ტრანსფერტი განხორციელდეს იმ საშუალებით, რომელიც ნებადართულია და განსაზღვრულია საინვესტიციო შეთანხმებით ან სხვა წერილობითი შეთანხმებით, რომელიც დადებულია ამ ხელშეკრულ მხარესა და მეორე ხელშეკრული მხარის ინვესტორს შორის.
- (5) (1)-(4) პუნქტების მოუხდავად, ხელშეკრულ მხარეს შეუძლია შეაჩეროს ტრანსფერტის პროცესი, რისთვისაც გამოიყენებს სამართლიან, არადისკრიმინაციულ და კეთილსინდისიერ ზომებს კრედიტორთა უფლებების დაცვის მიზნით. აღნიშნული ზომები დაკავშირებული უნდა იყოს ან უნდა უზრუნველყოფდეს შესაბამისობას კანონებთან და წესებთან ფასიანი ქაღალდების, ფიქსირებისა და წარმოებული ფასიანი ქაღალდების გამოშვების, ვაჭრობის და გარიგების შესახებ. ოფიცი ეხება ტრანსფერტთან დაკავშირებულ ანგარიშებს, ჩანაწერებს ან კრიმინალურ დანაშაულს, ადმინისტრაციულ და სასამართლო საქმეში საგადასახადო საკითხების, განკარგულებების და სასამართლო გადაწყვეტილებების ან სასამართლო გადაწყვეტილებების ჩათვლით. შემოაღნიშნული განხორციელება იმ პირობით, თუ ამგვარი ზომებისა და მათი გამოყენების საფუძველზე ხელშეკრული მხარე თავს არ აარიდებს წინამდებარე ხელშეკრულებით განსაზღვრული მისი ვალდებულებებისა და მოვალეობების შესრულებას.

მუხლი 8

სუბროგაცია - კრედიტორის შეცვლა

თუ ხელშეკრული მხარე ან მის მიერ დანიშნული უწყება გადაიხდის თანხას დანაკარგების ანაზღაურების, გარანტიის ან დაზღვევის შესახებ იმ ხელშეკრულების საფუძველზე, რომელიც ეხება ინვესტორის მიერ მეორე ხელშეკრული მხარის ტერიტორიაზე განხორციელებულ ინვესტიციას, უკანასკნელი მეორე (მეორე თავის პირველ ნაწილში განსაზღვრული ინვესტორის უფლებებისათვის ზიანის მოუყენებლად) აღიარებს აღნიშნული ინვესტორის ნებისმიერი უფლებებისა თუ პრეტენზიის გადაცემას პირველი მხარისათვის ან მის მიერ დანიშნული უწყებისათვის, რათა მან მიმართოს ნებისმიერი ასეთი

უფლებისა და პრეტენზიის სუბროგაციას ასეთივე ზომით, რისი უფლებაც ჰქონდა მის წინამორბედს უფლებბრივი ტიტულით.

მუხლი 9

სხვა ვალდებულებები

- (1) თუ ორივე ხელშეკვერელი მხარის კანონის დებულებები ან საერთაშორისო ვალდებულებები, რომლებიც ამჟამად არსებობს ან შესაბამისად წინამდებარე შეთანხმებაში ხელშეკვერელმა მხარეებმა შეიტანეს, მოიცავს დებულებას, ზოგადს თუ კონკრეტულს, რომლის თანახმადაც მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორების ინვესტიციებს ენიჭებათ უფრო ხელსაყრელი რეჟიმი, ვიდრე ამ შეთანხმებით არის გათვალისწინებული, მაშინ ასეთი დადგენილება, იმის გათვალისწინებით, რომ იგი უფრო ხელსაყრელია, სარგებლობს უპირატესობით აღნიშნულ შეთანხმებასთან შედარებით.
- (2) თითოეული ხელშეკვერელი მხარე შეასრულებს ნებისმიერ სხვა ვალდებულებას, რომელიც მას აქ ეკისრება მის ტერიტორიაზე მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორთა ინვესტიციებთან დაკავშირებით.

მუხლი 10

უპირატესობის უარყოფა

ხელშეკვერელ მხარეს შეუძლია მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორს ან მის ინვესტიციას არ მიანიჭოს ამ შეთანხმებით განსაზღვრული პრივილეგია იმ შემთხვევაში, თუ იმ მხარის ინვესტორი, რომელიც არ წარმოადგენს ხელშეკვერელ მხარეს, ფლობს ან აკონტროლებს პირველხარისხულ ინვესტორს და არ აწარმოებს ბიზნესს ხელშეკვერელი მხარის ტერიტორიაზე, რომლის კანონმდებლობის თანახმადაც არის იგი ჩამოყალიბებული ან შექმნილი.

თავი 2 დავის მოგვარება

ნაწილი 1

ხელშეკვერელ მხარესა და მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორის შორის დავის მოგვარება

მუხლი II

დავის სფერო და ხანგრძლივობა

ეს თავი შეეხება ხელშეკვერელ მხარესა და მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორს შორის არსებულ დავას, რომელიც დაკავშირებულია ხელშეკვერელი მხარის მიერ ამ შეთანხმების ვალდებულებათა დარღვევასთან, რაც იწვევს ინვესტორის ან მისი ინვესტიციის ზარალს.

მუხლი 12

დავის მოგვარების საშუალება და პერიოდი

- (1) ხელშეკვერელ მხარესა და მეორე ხელშეკვერელი მხარის ინვესტორის შორის დავის მოგვარების მიზნით, შეძლებისდაგვარად უნდა გაიმართოს მოლაპარაკება ან კონსულტაციები დავის ამ გზით მოგვარების წარუმატებლობის შემთხვევაში, ინვესტორს შეუძლია თავისი არჩევანის თანახმად დავა გადასაწყვეტად გადასცეს:
- a) დავის მონაწილე ხელშეკვერელი მხარის კომპეტენტურ სასამართლოს ან ადმინისტრაციულ ტრიბუნალს;
 - b) დავის მოგვარების ადრინდელი პროცედურის შესაბამისად; ან
 - c) ამ მუხლის შესაბამისად:
 - i) საინვესტიციო დავის მოგვარების საერთაშორისო ცენტრს (ცენტრი), რომელიც შეიქმნა სახელმწიფოებსა და მეორე სახელმწიფოების მოქალაქეებს შორის საინვესტიციო დავის მოგვარების შესახებ კონვენციის საფუძველზე ("ICSID კონვენცია"), თუ ინვესტორის ხელშეკვერელი მხარე და დავის მონაწილე ხელშეკვერელი მხარე წარმოადგენენ ICSID კონვენციის მხარეებს;
 - ii) ცენტრის სამდივნოს მიერ საქმეთა ადმინისტრირების დამატებითი საშუალებების მმართველი წესების ცენტრს, ან ინვესტორის ხელშეკვერელ მხარეს ან დავის მონაწილე ხელშეკვერელ მხარეს, მაგრამ ორივე არ წარმოადგენს "ICSID კონვენციის" მხარეს;
 - iii) ცალკეულ არბიტრს ან სპეციალურ საარბიტრაჟო სასამართლოს, რომელიც შეიქმნა საერთაშორისო გაჭრობის კანონის შესახებ გაერთიანებული ერების კომისიის საარბიტრაჟო წესების თანახმად ("UNCITRAL");

iv) საერთაშორისო საეკონომიკური პალატას, სადაც დაგვას გადაწყვეტს ერთი არბიტრი ან სპეციალური ტრიბუნალი, შექმნილი საარბიტრაჟო წესების თანახმად.

- (2) ამ შეთანხმების 1 პუნქტის (c) ქვეპუნქტის თანახმად, დაგვა შეიძლება გადასაწყვეტად გადაეცეს დაგვის მეორე მონაწილე ხელშეკრული მხარისათვის ამ განზრახვის შესახებ შეტყობინების გაგზავნიდან 50 დღის შემდეგ, მაგრამ არა უგვიანეს ხუთი წლისა იმ დღიდან, როდესაც ინვესტორს პირველად აცნობეს დაგვის გამომწვევი მოვლენების შესახებ.

მუხლი 13

ხელშეკრული მხარის თანხმობა

- (1) ამ ნაწილის თანახმად თითოეული ხელშეკრული მხარე უპირობოდ აცხადებს თანხმობას საერთაშორისო საარბიტრაჟო სასამართლოსათვის დაგვის წარდგენის შესახებ.
- (2) (1) პუნქტში აღნიშნული თანხმობა გულისხმობს შიდა ადმინისტრაციული ან სამართლებრივი ზომების სრული გამოყენების შესახებ მოთხოვნის უარყოფას.
- (3) მე-12 მუხლის (1) პუნქტის (c) ქვეპუნქტის თანახმად, ინვესტორს შეუძლია, თავისი არჩევანის თანახმად დაგვა გადასაწყვეტად წარადგინოს მხოლოდ იმ შემთხვევაში, თუ გადაწყვეტილება სასამართლო წარმოების პირველ ინსტანციაში იმყოფება, მე-12 მუხლის (1) პუნქტის (a) ქვეპუნქტის შესაბამისად.

მუხლი 14

საარბიტრაჟო სასამართლოს გამართვის ადგილი

დაგვის მონაწილე რომელიმე მხარის მოთხოვნით, შეთანხმების ამ ნაწილში აღნიშნული საარბიტრაჟო სასამართლო გამართება იმ სახელმწიფოში, რომელიც წარმოადგენს საზღვარგარეთის საარბიტრაჟო გადაწყვეტილებების აღიარებისა და განხორციელების შესახებ 1958 წლის 10 ივნისს ნიუ-იორკში ხელმოწერილი კონვენციის („ნიუ-იორკის კონვენცია“) მონაწილე მხარეს. შეთანხმების ამ ნაწილის საფუძველზე საარბიტრაჟო სასამართლოსათვის წარდგენილი სარჩელი კომერციული ურთიერთობის ან გარეგნობის შედეგად წარმოქმნილ სარჩელად ჩათვლება ნიუ-იორკის კონვენციის 1 მუხლის შესაბამისად.

მუხლი 15

კომპენსაცია

ხელშეშეკვერელმა მხარემ თავის დაცვის, შესაგებულის, სასამართლო ჩათვლის მიზნით ან სხვა მიზეზით არ უნდა განაცხადოს, რომ მთლიანი ზარალის ან მისი ნაწილის კომპენსაცია ან სხვა სახის ანაზღაურება მიღებულია ან მიიღება მომავალში საგარანტო ან სადაზღვევო წერილის შესაბამისად.

მუხლი 16

შესაბამისი კანონი

- (1) შეთანხმების ამ ნაწილის საფუძველზე შექმნილი სასამართლო გადაწყვეტს დავას ამ შეთანხმებისა და საერთაშორისო კანონმდებლობის შესაბამისი წესებისა და პრინციპების თანახმად.
- (2) მე-9 მუხლის თანახმად, დავის საკითხები გადაწყდება დავის მონაწილე ხელშეშეკვერელი მხარის კანონმდებლობის, შეთანხმების ან უფლებამოსილების მმართველი კანონის და საერთაშორისო კანონმდებლობის შესაბამისი წესების თანახმად.

მუხლი 17

საარბიტრაჟო გადაწყვეტილებები და მათი სისრულეში მოყვანა

- (1) საარბიტრაჟო გადაწყვეტილება, რომელიც შეიძლება მოცავდეს მნიშვნელოვან ჯარმას, საბოლოო და სავალდებულო იქნება თითოეული ხელშეშეკვერელი მხარისათვის და უზრუნველყოფს ჯარმისგან განთავისუფლების შემდეგ ფორმებს:
 - a) დეკლარაციას იმის შესახებ, რომ ხელშეშეკვერელმა მხარემ ვერ შეასრულა ამ შეთანხმებით გათვალისწინებული ვალდებულებები;
 - b) ფულად კონპენსაციას რასაც ემატება პროცენტი, ზარალის ან ზიანის მიყენების დღიდან გადახდის დღემდე;
 - c) ზარალის ანაზღაურებას ნატურით შესაბამის შემთხვევაში, იმ პირობით, რომ ხელშეშეკვერელ მხარეს სანაცვლოდ შეუძლია გადაიხადოს ფულადი კომპენსაცია, თუ ზარალის ანაზღაურება არ არის შესაძლებელი.
 - d) ჯარმისაგან განთავისუფლების სხვა ნებისმიერ ფორმას დავის მონაწილე მხარეებს შეთანხმებით.
- (2) თითოეულმა ხელშეშეკვერელმა მხარემ უნდა მიიღოს ზომები ამ მუხლის თანახმად მიღებული გადაწყვეტილების ამოქმედებისა და დაუყოვნებლივი განხორციელებისათვის.

ნაწილი 2**ხელშეკვერელი მხარეების დავის მოგვარება****მუხლი 18**

დავის სფერო, კონსულტაციები, შუამავლობა და არბიტრაჟული შერიგება

ხელშეკვერელ მხარეებს შორის ამ შეთანხმების დებულებების ინტერპრეტაციასთან და გამოყენებასთან დაკავშირებით წარმოქმნილი დავა შეძლებისდაგვარად უნდა მოგვარდეს მეგობრული გზით ან კონსულტაციების, შუამავლობის ან არბიტრაჟული შერიგების საშუალებით.

მუხლი 19**სასამართლო საქმის დაწყება**

- (1) ერთ-ერთი ხელშეკვერელი მხარის მოთხოვნით ამ შეთანხმების დებულებების ინტერპრეტაციის და გამოყენების თაობაზე წარმოქმნილი დავა შეიძლება გადასაწყვეტად წარუდგინონ საარბიტრაჟო სასამართლოს ამ მოთხოვნის შესახებ მეორე ხელშეკვერელი მხარისათვის შეტყობინების გაგზავნიდან არა უადრეს 60 დღისა.
- (2) წინამდებარე შეთანხმების საფუძველზე, ერთ-ერთ ხელშეკვერელ მხარეს შეუძლია არ აღძრას სასამართლო საქმე ინვესტორის უფლებების შელახვასთან დაკავშირებით წარმოქმნილი დავის გამო, რომელიც ინვესტორმა ამ შეთანხმების მეორე თავის პირველი ნაწილის თანახმად წარუდგინა საარბიტრაჟო სასამართლოს, გარდა იმ შემთხვევისა, როდესაც მეორე ხელშეკვერელმა მხარემ ვერ გადაიხადა ჯარიმა, რომელიც მას დაეკისრა დავის განხილვისას ან იმ შემთხვევაში, თუ ამასთან დაკავშირებული სასამართლო საქმეები ინვესტორის სარჩელის შესახებ საარბიტრაჟო სასამართლოს მიერ გადაწყვეტილების გამოტანის გარეშე დასრულდა.

მუხლი 20**სასამართლოს ფორმირება**

- (1) საარბიტრაჟო სასამართლო განსაკუთრებული მიზნით დაფუძნდება შემდეგი სახით: საარბიტრაჟო სასამართლოში გამოცხადების შესახებ მოთხოვნის მიღებიდან

30 დღის განმავლობაში მოდავე მხარეები შეთანხმების საფუძველზე დანიშნავენ საარბიტრაჟო სასამართლოს სამ წევრს და ერთ-ერთ მათგანს თავმჯდომარედ აირჩევენ. თუ სხვა იძულებითი საფუძველი არ არსებობს, წევრები ICSID-ის გენერალურმა სამდივნომ უნდა დაასახელოს.

- (2) თუ (1) პუნქტში განსაზღვრული პერიოდი არ არის დაცული, სხვაგვარი შეთანხმების არარსებობის შემთხვევაში, თითოეულ მხარეს შეუძლია მოიწვიოს ICSID-ის გენერალური მდივანი აუცილებელი დანიშვნის განსახორციელებლად.
- (3) საარბიტრაჟო სასამართლოს წევრები უნდა იყვნენ დამოუკიდებელი და მოუკერძოებელი.

მუხლი 21

შესაბამისი კანონი, სტანდარტული წესები

- (1) საარბიტრაჟო სასამართლო დაფას გადაწყვეტს ამ შეთანხმების, შესაბამისი კანონებისა და საერთაშორისო კანონმდებლობის პრინციპების თანახმად.
- (2) თუ დაფის მონაწილე მხარეები სხვაგვარად არ გადაწყვეტენ, პერმანენტულმა საარბიტრაჟო სასამართლომ საარბიტრაჟო დაფის საარბიტრაჟო არასაფალდებულო წესებით უნდა მოაგვაროს ისეთი საკითხები, რომლებსაც არ ითვალისწინებს წინამდებარე შეთანხმების ამ ნაწილის სხვა დებულებები.

მუხლი 22

სასამართლოს გადაწყვეტილებები

- (1) სასამართლომ, თავის გადაწყვეტილებებში, უნდა ჩამოაყალიბოს კანონის და ფაქტების საგამოძიებო მონაცემები, შესაბამის მიზეზებთან ერთად, და ერთ-ერთი ხელშემკვრელი მხარის მოთხოვნის თანახმად, შეუძლია დააწესოს ჯარიმისაგან განთავისუფლებას შემდეგი ფორმები:
 - a) დეკლარაცია იმის შესახებ, რომ ერთ-ერთი ხელშემკვრელი მხარის მოქმედება ეწინააღმდეგება წინამდებარე შეთანხმებით დადგენილ ვალდებულებებს;
 - b) რეკომენდაცია იმის შესახებ, რომ ერთ-ერთმა ხელშემკვრელმა მხარემ შესაბამისობაში მოიყვანოს თავისი მოქმედება ამ შეთანხმებით დადგენილ ვალდებულებებთან;
 - c) ფულადი კომპენსაცია მოსარჩელე ხელშემკვრელი მხარის ინვესტორისათვის ან მისი ინვესტორისადმი ზარალის ან ზიანის მიყენების სანაცვლოდ; ან
 - d) ჯარიმისაგან განთავისუფლების სხვა ნებისმიერი ფორმა, რომელზეც თანხმობას აცხადებს ხელშემკვრელი მხარე, რომლის წინააღმდეგაც გამოტანილია გადაწყვეტილება. ერთ-ერთ ასეთ ფორმას წარმოადგენს ინვესტორისათვის დანაკარგის ანაზღაურება ნატურით.

- (2) საარბიტრაჟო გადაწყვეტილება საბოლოო და საფაღდებულოა დავის თითოეული მონაწილე მხარისათვის.

მუხლი 23

ხარჯები

თითოეული ხელშეკრეული მხარე გაიღებს სასამართლო საქმეში თავისი წარმომადგენლობის ხარჯებს. სასამართლოსთან დაკავშირებულ ხარჯებს ხელშეკრეული მხარეები გაიღებენ თანაბრად, თუ სასამართლო სხვაგვარად არ მოითხოვს.

მუხლი 24

განხორციელება

ფულადი გადასახდელები, რომლებიც არ განხორციელდება გადასახდელის დაწესების თარიღიდან ერთი წლის განმავლობაში რომელიმე ხელშეკრეული მხარის სასამართლოში, შეიძლება იძულებს წესით დაეკისროს ქონებაზე იურისდიქციის განხორციელებით იმ მხარეს, რომელიც არ იხდის გადასახდელს.

24

901 der Beilagen

თავი 3
დასკვნითი დებულებები

მუხლი 25

შეთანხმების გამოყენება

- (1) ეს შეთანხმება გამოიყენება რომელიმე ხელშეკრული მხარის ტერიტორიაზე მისი კანონმდებლობის შესაბამისად განხორციელებული ინვესტიციების მიმართ მეორე ხელშეკრული მხარის ინვესტორთა მიერ, როგორც ამ შეთანხმების ძალაში შესვლამდე, ასე ძალაში შესვლის შემდეგ.
- (2) ეს შეთანხმება არ გამოიყენება მის ძალაში შესვლამდე დაკმაყოფილებული ან შემოღებული პროცედურების მიმართ.

მუხლი 26

კონსულტაციები

თითოეულ ხელშეკრულ მხარეს შეუძლია შესთავაზოს მეორე ხელშეკრულ მხარეს კონსულტაციები ამ შეთანხმების საკითხებთან დაკავშირებით. ეს კონსულტაციები გაიმართება დიპლომატიური არხებით შეთანხმებულ ადგილას და დროს.

მუხლი 27

შეთანხმების ძალაში შესვლა და ხანგრძლივობა

- (1) წინამდებარე შეთანხმება წარმოადგენს რატიფიკაციის საგანს და ძალაში შევა სარატიფიკაციო სიგელების გაცვლის თვიდან მესამე თვის პირველივე რიცხვიდან. სარატიფიკაციო სიგელები შეძლებისდაგვარად სწრაფად გაცვლება ვენაში.
- (2) ეს შეთანხმება ძალაში დარჩება ათი წლის განმავლობაში: მისი მოქმედება გაგრძელდება განუსაზღვრელი პერიოდით და ერთ-ერთ ხელშეკრულ მხარეს შეუძლია მოახდინოს მისი დენონსირება დიპლომატიური არხებით, წერილობითი ფორმით თორმეტთვიანი შეტყობინების განხორციელებით.
- (3) წინამდებარე შეთანხმების დასრულებამდე განხორციელებულ ინვესტიციებთან მიმართებაში, ამ შეთანხმების 1-25 მუხლების დებულებები ძალაში დარჩება ამ შეთანხმების დასრულების თარიღიდან შემდგომი ათი წლის განმავლობაში.

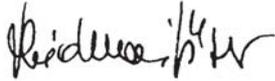
901 der Beilagen

25

რის დასტურადაც, ქვემოთ ხელისმომწერებმა, სათანადო უფლებამოსილებით აღჭურვილმა პირებმა, ხელი მოაწერეს ამ შეთანხმებას.

ხელმოწერილია თბილისში 2001 წლის 18 ოქტომბერს ორ ეგზემპლარად, გერმანულ, ქართულ და ინგლისურ ენებზე. თითოეულ ტექსტს აქვს თანაბარი ძალა. ინტერპრეტაციის დროს განსხვავების შემთხვევაში უპირატესობა ენიჭება ტექსტს ინგლისურ ენაზე.

ავსტრიის რესპუბლიკის მხრიდან



საქართველოს მხრიდან



AGREEMENT**between the Republic of Austria and Georgia for the Promotion and Protection of Investments**

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND GEORGIA hereinafter referred to as “Contracting Parties”,
DESIRING to create favorable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties,

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations,

REAFFIRMING their commitment to the observance of internationally recognized labour standards,
HAVE AGREED AS FOLLOWS:

CHAPTER ONE: GENERAL PROVISIONS**Article 1****Definitions**

For the purpose of this Agreement

(1) “investor of a Contracting Party” means:

- (a) a natural person having the nationality of a Contracting Party in accordance with its applicable law; or
- (b) an enterprise constituted or organized under the applicable law of a Contracting Party; making or having made an investment in the other Contracting Party’s territory.

(2) “investment by an investor of a Contracting Party” means every kind of asset in the territory of one Contracting Party, owned or controlled, directly or indirectly, by an investor of the other Contracting Party, including:

- (a) an enterprise constituted or organized under the applicable law of the first Contracting Party;
- (b) shares, stocks and other forms of equity participation in an enterprise as referred to in subparagraph (a), and rights derived therefrom;
- (c) bonds, debentures, loans and other forms of debt and rights derived therefrom;
- (d) rights under contracts, including turnkey, construction, management, production or revenue-sharing contracts;
- (e) claims to money and claims to performance pursuant to a contract having an economic value;
- (f) intellectual and industrial property rights as defined in the multilateral agreements concluded under the auspices of the World Intellectual Property Organization, including copyright, trademarks, patents, industrial designs and technical processes, know-how, trade secrets, trade names and goodwill;
- (g) rights conferred by law or contract such as concessions, licenses, authorizations or permits to undertake an economic activity;
- (h) other tangible or intangible, movable or immovable property, or any related property rights, such as leases, mortgages, liens, pledges or usufructs.

Commercial transactions designed exclusively for the sale of goods or services and credits to finance commercial transactions with a duration of less than three years, other credits with a duration of less than three years, as well as credits granted to the State or to a State enterprise are not considered an investment.

However, this shall not apply to credits or loans provided by an investor of a Contracting Party to an enterprise of the other Contracting Party which is owned or controlled by that investor.

(3) “enterprise” means a legal person or any entity constituted or organized under the applicable law of a Contracting Party, whether or not for profit, and whether private or government owned or controlled, including a corporation, trust, partnership, sole proprietorship, branch, joint venture, association or organization.

(4) “returns” means the amounts yielded by an investment and, in particular, profits, interests, capital gains, dividends, royalties, licence fees and other fees.

(5) “without delay” means such period as is normally required for the completion of necessary formalities for the payments of compensation or for the transfer of payments. This period shall commence

for payments of compensation on the day of expropriation and for transfers of payments on the day on which the request for transfer has been submitted. It shall in no case exceed one month.

(6) "territory" means with respect to each Contracting Party the land territory, internal waters, maritime and airspace under its sovereignty, including the exclusive economic zone and the continental shelf where the Contracting Party exercises, in conformity with international law, sovereign rights and jurisdiction.

Article 2

Promotion and Admission of Investments

(1) Each Contracting Party shall, according to its laws and regulations, promote and admit investments by investors of the other Contracting Party.

(2) The legal extension, alteration or transformation of an investment is to be considered a new investment.

Article 3

Treatment of Investments

(1) Each Contracting Party shall accord to investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment and full and constant protection and security.

(2) A Contracting Party shall not impair by unreasonable or discriminatory measures the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment by investors of the other Contracting Party.

(3) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favorable than that it accords to its own investors and their investments or to investors of any third country and their investments with respect to the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment, whichever is more favorable to the investor.

(4) No provision of this Agreement shall be construed as to oblige a Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and to their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

- (a) membership in a free trade area, customs union, common market, economic community or any multilateral agreement on investment;
- (b) international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation.

Article 4

Transparency

(1) Each Contracting Party shall promptly publish, or otherwise make publicly available, its laws, regulations, procedures as well as international agreements which may affect the operation of the Agreement.

(2) Each Contracting Party shall promptly respond to specific questions and provide upon request, information to the other Contracting Party on matters referred to paragraph (1).

(3) No Contracting Party shall be required to furnish or allow access to information concerning particular investors or investments the disclosure of which would impede law enforcement or would be contrary to its laws and regulations protecting confidentiality.

Article 5

Expropriation and Compensation

(1) A Contracting Party shall not expropriate or nationalize directly or indirectly an investment of an investor of the other Contracting Party or take any measures having equivalent effect (hereinafter referred to as expropriation) except:

- (a) for a purpose which is in the public interest,
- (b) on a non-discriminatory basis,
- (c) in accordance with due process of law, and
- (d) accompanied by payment of prompt, adequate and effective compensation in accordance with paragraphs (2) and (3) below.

(2) Compensation shall:

- (a) be paid without delay. In case of delay any exchange rate loss arising from this delay shall be borne by the host country.
- (b) be equivalent to the fair market value of the expropriated investment immediately before the expropriation occurred. The fair market value shall not reflect any change in value occurring because the expropriation had become publicly known earlier.
- (c) be paid and made freely transferable to the country designated by the claimants concerned and in the currency of the country of which the claimants are nationals or in any freely convertible currency agreed upon by the host country and the claimants.
- (d) include interest at a commercial rate established on a market basis for the currency of payment from the date of expropriation until the date of actual payment.

(3) Due process of law includes the right of an investor of a Contracting Party which claims to be affected by expropriation by the other Contracting Party to prompt review of its case, including the valuation of its investment and the payment of compensation in accordance with the provisions of this Article by a judicial authority or another competent and independent authority of the latter Contracting Party.

Article 6

Compensation for Losses

(1) An investor of a Contracting Party who has suffered a loss relating to his/her investment in the territory of the other Contracting Party due to war or to other armed conflict, state of emergency, revolution, insurrection, civil disturbance, or any other similar event, or acts of God or force majeure, in the territory of the latter Contracting Party, shall be accorded by the latter Contracting Party, as regards restitution, indemnification, compensation or any other settlement, treatment no less favorable than that which it accords to its own investors or to investors of any third state, whichever is most favorable to the investor.

(2) An investor of a Contracting Party who in any of the events referred to in paragraph (1) suffers loss resulting from:

- (a) requisitioning of his/her investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, or
- (b) destruction of his/her investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, which was not required by the necessity of the situation

shall in any case be accorded by the latter Contracting Party restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective and, with respect to compensation, shall be in accordance with Article 5 paragraph (2) and (3).

Article 7

Transfers

(1) Each Contracting Party shall guarantee that all payments relating to an investment by an investor of the other Contracting Party may be freely transferred into and out of its territory without delay. Such transfers shall include in particular:

- (a) the initial capital and additional amounts to maintain or increase an investment;
- (b) returns;
- (c) payments made under a contract including a loan agreement;
- (d) proceeds from the sale or liquidation of all or any part of an investment;
- (e) payments of compensation under Articles 5 and 6;
- (f) payments arising out of the settlement of a dispute;
- (g) earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with an investment.

(2) Each Contracting Party shall further guarantee that such transfers may be made in a freely convertible currency at the market rate of exchange prevailing on the date of transfer in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made. The bank charges shall be fair and equitable.

(3) In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used shall be the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights.

(4) Notwithstanding paragraph (1) (b) a Contracting Party may restrict the transfer of a return in kind in circumstances where the Contracting Party is permitted under the GATT 1994 to restrict or prohibit the exportation or the sale for export of the product constituting the return in kind. Nevertheless, a Contracting Party shall ensure that transfers of returns in kind may be effected as authorized or

specified in an investment agreement, investment authorization, or other written agreement between the Contracting Party and an investor or investment of the other Contracting Party.

(5) Notwithstanding paragraphs (1) to (4) a Contracting Party may prevent a transfer through the equitable, non-discriminatory and good faith application of measures to protect the rights of creditors, relating to or ensuring compliance with laws and regulations on the issuing, trading and dealing in securities, futures and derivatives, reports or records of transfer, or in connection with criminal offences including those on tax issues and orders or judgements in administrative and adjudicate proceedings, provided that such measures and their application shall not be used as a means of avoiding the Contracting Party's commitments or obligations under this Agreement.

Article 8

Subrogation

If a Contracting Party or its designated agency makes a payment under an indemnity, guarantee or contract of insurance given in respect of an investment by an investor in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize without prejudice to the rights of the investor under Chapter Two Part One the assignment of any right or claim of such investor to the former Contracting Party or its designated agency and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its predecessor in title.

Article 9

Other Obligations

(1) If the provision of law of either Contracting Party or international obligations existing at present or established thereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement, contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favorable than is provided for by the present Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favorable prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any contractual obligation it may have entered into towards an investor of the other Contracting Party with regard to investments approved by it in its territory.

Article 10

Denial of Benefits

A Contracting Party may deny the benefits of this Agreement to an investor of the other Contracting Party and to its investments, if investors of a Non-Contracting Party own or control the first mentioned investor and that investor has no substantial business activity in the territory of the Contracting Party under whose law it is constituted or organized.

CHAPTER TWO: DISPUTE SETTLEMENT

PART ONE: Settlement of Disputes between an Investor and a Contracting Party

Article 11

Scope and Standing

This Part applies to disputes between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation of the former under this Agreement which causes loss or damage to the investor or its investment.

Article 12

Means of Settlement, Time Periods

(1) A dispute between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, if possible, be settled by negotiation or consultation. If it is not so settled, the investor may choose to submit it for resolution:

- (a) to the competent courts or administrative tribunals of the Contracting Party, party to the dispute;
- (b) in accordance with any applicable previously agreed dispute settlement procedure; or
- (c) in accordance with this Article to:
 - (i) the International Centre For Settlement of Investment Disputes ("the Centre"), established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and

- Nationals of Other States (“the ICSID Convention”), if the Contracting Party of the investor and the Contracting Party, party to the dispute, are both parties to the ICSID Convention;
- (ii) the Centre under the rules governing the Additional Facility for the Administration of Proceedings by the Secretariat of the Centre, if the Contracting Party of the investor or the Contracting Party, party to the dispute, but not both, is a party to the ICSID Convention;
 - (iii) a sole arbitrator or an ad hoc arbitration tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (“UNCITRAL”);
 - (iv) the International Chamber of Commerce, by a sole arbitrator or an ad hoc tribunal under its rules of arbitration.

(2) A dispute may be submitted for resolution pursuant to paragraph 1 (c) of this Article after 50 days from the date notice of intent to do so was provided to the Contracting Party, party to the dispute, but not later than five years from the date the investor first acquired or should have acquired knowledge of the events which gave rise to the dispute.

Article 13

Contracting Party Consent

(1) Each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration in accordance with this Part.

(2) The consent referred to in paragraph (1) implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical remedies should be exhausted.

(3) The investor may choose to submit the dispute for resolution according to Article 12 paragraph (1) (c) only until there has been a decision in the first instance in the proceedings according to Article 12 paragraph (1) (a).

Article 14

Place of Arbitration

Any arbitration under this Part shall at the request of any party to the dispute be held in a state that is party to the United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, signed in New York on 10 June 1958 (“the New York Convention”). Claims submitted to arbitration under this Part shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction for purposes of Article 1 of the New York Convention.

Article 15

Indemnification

A Contracting Party shall not assert as a defense, counter-claim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to an indemnity, guarantee or insurance contract.

Article 16

Applicable Law

(1) A tribunal established under this Part shall decide the dispute in accordance with this Agreement and applicable rules and principles of international law.

(2) Issues in dispute under Article 9 shall be decided, absent other agreement, in accordance with the law of the Contracting Party, party to the dispute, the law governing the authorization or agreement and such rules of international law as may be applicable.

Article 17

Awards and Enforcement

(1) Arbitration awards, which may include an award of interest, shall be final and binding upon the parties to the dispute and may provide the following forms of relief:

- (a) a declaration that the Contracting Party has failed to comply with its obligations under this Agreement;
- (b) pecuniary compensation, which shall include interest from the time the loss or damage was incurred until time of payment;

- (c) restitution in kind in appropriate cases, provided that the Contracting Party may pay pecuniary compensation in lieu thereof where restitution is not practicable; and
 - (d) with the agreement of the parties to the dispute, any other form of relief.
- (2) Each Contracting Party shall make provision for the effective enforcement of awards made pursuant to this Article and shall carry out without delay any such award issued in a proceeding to which it is party.

PART TWO: Settlement of Disputes between the Contracting Parties

Article 18

Scope, Consultations, Mediation and Conciliation

Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled amicably or through consultations, mediation or conciliation.

Article 19

Initiation of Proceedings

(1) At the request of either Contracting Party a dispute concerning the interpretation or application of this Agreement may be submitted to an arbitral tribunal for decision not earlier than 60 days after such request has been notified to the other Contracting Party.

(2) A Contracting Party may not initiate proceedings under this Part for a dispute regarding the infringement of rights of an investor which that investor has submitted to arbitration under Part One of Chapter Two of this Agreement, unless the other Contracting Party has failed to abide by and comply with the award rendered in that dispute or those proceedings have terminated without resolution by an arbitral tribunal of the investor's claim.

Article 20

Formation of the Tribunal

(1) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: Within 30 days after receipt of a request for arbitration, the parties to the dispute shall appoint by agreement three members of the tribunal and designate one of them as chairman. Except for compelling reasons, the members shall be persons proposed by the Secretary General of ICSID.

(2) If the period specified in paragraph (1) is not observed, either party may, in the absence of any other agreement invite the Secretary General of ICSID to make the necessary appointments.

(3) Members of an arbitral tribunal shall be independent and impartial.

Article 21

Applicable Law, Default Rules

(1) The arbitral tribunal will decide disputes in accordance with this Agreement and the applicable rules and principles of international law.

(2) Unless the parties to the dispute decide otherwise, the Permanent Court of Arbitration Optional Rules for Arbitrating Disputes shall apply to matters not governed by other provisions of this Part.

Article 22

Awards

(1) The tribunal, in its award, shall set out its findings of law and fact, together with the reasons therefore, and may, at the request of a Contracting Party, award the following forms of relief:

- (a) a declaration that an action of a Contracting Party is in contravention of its obligations under this Agreement;
- (b) recommendation that a Contracting Party brings its actions into conformity with its obligations under this Agreement;
- (c) a pecuniary compensation for any loss or damage to the requesting Contracting Party's investor or its investment; or

32

901 der Beilagen

(d) any other form of relief to which the Contracting Party against whom the award is made consents, including restitution in kind to an investor.

(2) The arbitration award shall be final and binding upon the parties to the dispute.

Article 23

Costs

Each Party shall pay the costs of its representation in the proceedings. The costs of the tribunal shall be paid for equally by the Parties unless the tribunal directs that they be shared differently.

Article 24

Enforcement

Pecuniary awards which have not been complied with within one year from the date of the award may be enforced in the courts of either Contracting Party with jurisdiction over assets of the defaulting Party.

CHAPTER THREE: FINAL PROVISIONS

Article 25

Application of the Agreement

(1) This Agreement shall apply to investments made in the territory of either Contracting Party in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party prior as well as after the entry into force of this Agreement.

(2) This Agreement shall not apply to claims which have been settled or procedures which have been initiated prior to its entry into force.

Article 26

Consultations

Each Contracting Party may propose to the other Contracting Party consultations on any matter relating to this Agreement. These consultations shall be held at a place and at a time agreed upon through diplomatic channels.

Article 27

Entry into Force and Duration

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month that follows the month during which the instruments of ratification have been exchanged. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Vienna.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years: it shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months notice.

(3) in respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Articles 1 to 25 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of 10 years from the date of termination of the present Agreement.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at Tbilisi on 18 October 2001, in the German, Georgian and English languages, all texts being equally authentic. In case of difference of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Heidemaria Gürer

For Georgia:

Iraklij Menagarischwili

Vorblatt

Problem:

Da der Heimat- oder Sitzstaat eines Investors in der Regel keine effiziente Möglichkeit besitzt, die Förderung und den Schutz von Investitionen im Ausland zu beeinflussen oder in diesem Zusammenhang eine Schutzfunktion auszuüben, besteht die Gefahr, dass sich dies hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirkt.

Problemlösung:

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen ua. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten:

Keine.

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Die Möglichkeit, von Österreich aus unter vertraglich abgesicherten Bedingungen Investitionen in Georgien vornehmen zu können, kann die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erhöhen. Auch kann erwartet werden, dass Investoren aus Georgien verstärkt in Österreich investieren werden, und auch so neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 9 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, dass Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass der Investitionsfluss auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muss daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander im Allgemeinen in hohem Maße ähnlich bis identisch. Nennenswerte Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung zu. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechtes und der österreichischen Grundverkehrsgesetzgebung bleiben davon unberührt.

Es kann erwartet werden, dass die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in Georgien in vermehrtem Maße Gebrauch macht. Auch von Seiten Georgiens besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in Georgien zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus der Liquidation oder Veräußerung von Investitionen und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren vor. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht innerhalb einer Frist von fünfzig Tagen beigelegt werden können, können auf Antrag des Investors der anderen Vertragspartei dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965, einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht, dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

Besonderer Teil

Präambel:

Diese enthält im Wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1:

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

1. Der Begriff „Investor“ wird in Bezug auf die Vertragsparteien definiert als natürliche Person mit Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder als Unternehmen, das in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei errichtet wurde.

2. Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.
3. Der Begriff „Erträge“ entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Artikel 2:

Dieser Artikel behandelt unter einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Absatz 1 und 2 enthalten Vertragsbestimmungen allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechts und des österreichischen Grundverkehrsrechts werden hievon nicht berührt.

Absatz 2 legt fest, dass die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition als neue Investition anzusehen ist.

Artikel 3:

Dieser Artikel enthält hinsichtlich der getätigten Investitionen in Absatz 3 das Prinzip der Meistbegünstigung und der Inländergleichbehandlung.

Absatz 4 fixiert die Ausnahmen von diesen Prinzipien (Freihandelszone, Zollunion, gemeinsamer Markt, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder zu einem multilateralen Investitionsabkommen; Nichtanwendung auf Steuerfragen).

Artikel 4:

Dieser Artikel enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, ihre Rechtsvorschriften mit Relevanz für das Abkommen öffentlich zugänglich zu machen.

Artikel 5:

Dieser Artikel befasst sich mit der Frage der Entschädigung im Falle einer Enteignung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

In Absatz 1 wird die Enteignung durch Bindung an vier Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
2. in nicht diskriminierender Weise und
3. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
4. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

In Absatz 2 ist die Entschädigungspflicht formuliert. Die Entschädigung wird ohne Verzögerung geleistet, hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen, ist in ein von der betroffenen Partei bezeichnetes Land in frei konvertierbarer Währung frei transferierbar und beinhaltet darüber hinaus Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz.

Absatz 3 räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung sowie die Bewertung der Investition und der Entschädigungszahlung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, überprüfen zu lassen.

Artikel 6:

Dieser Artikel behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen oder ähnlichen Ereignissen auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und sieht auch für solche Fälle die Inländergleichbehandlung bzw. Meistbegünstigung vor.

Artikel 7:

Dieser Artikel bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, insbesondere zu den Artikeln 5 und 6, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz 1 garantiert den freien Transfer ohne ungebührliche Verzögerung in frei konvertierbarer Währung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionserträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlöse aus Liquidation oder Veräußerung und Entschädigung.

Absätze 2 und 3 regeln die Festlegung des Wechselkurses.

Absätze 4 und 5 sehen in gewissen Fällen Einschränkungen des Transferrechts vor; Absatz 4 hinsichtlich Sacherträgen auf Grund GATT 1994; Absatz 5 zum Gläubigerschutz oder im Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten.

Artikel 8:

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, dass im Falle des Eintrittes des Garantiegebers in die Rechte des Garantienehmers dieser Eintritt von der anderen Vertragspartei anerkannt wird.

Artikel 9:

Dieser Artikel legt fest, dass in anderen Abkommen zwischen den Vertragsparteien festgelegte Begünstigungen den Verpflichtungen aus diesem Abkommen bevorzugen, falls sie für den Investor günstiger sind, und legt den Vertragsparteien die Beachtung der Verpflichtungen hinsichtlich genehmigter Investitionen auf.

Artikel 10:

Dieser Artikel schließt Investoren aus Drittstaaten, die zwar im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien Unternehmen besitzen oder kontrollieren, dort jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfalten, von den Begünstigungen dieses Abkommens aus.

KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei

Artikel 11:

Dieser Artikel behandelt den Geltungsbereich des Teiles Eins.

Artikel 12:

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat soll im Sinne des Abkommens zunächst eine Beilegung auf freundschaftlichem Weg versucht werden. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht binnen 50 Tagen beigelegt werden können, können vom Investor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

Artikel 13:

Dieser Artikel enthält die uneingeschränkte Zustimmung der Vertragsparteien zur Einleitung eines internationalen Schiedsverfahrens gemäß diesem Teil des Abkommens. Mit dieser Zustimmung verzichten die Vertragsparteien auf das Erfordernis, dass der innerstaatliche Instanzenweg erschöpft sein muss, allerdings besteht die Wahlmöglichkeit des Investors nur so lange als in der ersten Instanz des innerstaatlichen Verfahrens keine Entscheidung ergangen ist.

Artikel 14:

Dieser Artikel regelt den Schiedsort.

Artikel 15:

Dieser Artikel verpflichtet die Vertragsparteien zum Verzicht auf die Einwendung, dass ein Garantiegeber der anderen Vertragspartei bereits ganz oder teilweise Entschädigung geleistet hat.

Artikel 16:

Dieser Artikel regelt die Frage des anzuwendenden Rechtes.

Artikel 17:

Dieser Artikel legt die verschiedenen Formen der Schiedsurteile und die Modalitäten von deren Vollstreckung fest. Es soll dadurch verhindert werden, dass durch den bindenden Schiedsspruch innerstaatlichem Recht der Vertragsparteien derogiert wird.

TEIL ZWEI: Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**Artikel 18 bis 24:**

Diese Artikel regeln in analoger Weise zu den Artikeln 11 bis 17 Fragen des Geltungsbereichs, des nichtstreitigen Verfahrens, der Bildung des Schiedsgerichts, des anwendbaren Rechts, Schiedsurteile, Vollstreckung, Kosten sowie Aufhebung eines Schiedsspruches.

KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Artikel 25 bis 27:**

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlussbestimmungen betreffend Anwendungsbereich, Konsultationen, In-Kraft-Treten, Vertragsdauer und Kündigung.

Das Abkommen findet auf alle Investitionen, die vor oder nach seinem In-Kraft-Treten getätigt wurden, Anwendung, nicht jedoch auf Streitfälle, die bereits vor dem In-Kraft-Treten des Abkommens entschieden oder anhängig gemacht wurden.

Artikel 27 stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens festgelegt und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Eine Kündigung ist unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.